

Kurzinformationen

Zur sozialen Stellung der Frau hat sich Papst Paul VI. in einer Ansprache geäußert, die er vor dem päpstlichen Komitee für das internationale Jahr der Frau hielt (vgl. den Wortlaut in *Osservatore Romano* 19. 4. 75). Das Komitee setzt sich zusammen aus den Mitgliedern der Kommission zur Erforschung der Funktion der Frau in Kirche und Gesellschaft sowie aus Vertretern anderer kurialer Einrichtungen und internationaler katholischer Organisationen. Der Papst erinnerte daran, daß die prinzipielle Aufgabe heute nicht einfach die Herstellung der gleichen Rechte für Mann und Frau sei, sondern die Verwirklichung einer „Komplementarität“, in der Männer und Frauen ihre spezifische Begabung und Dynamik in die Gestaltung einer Welt einbringen können, die nicht durch nivellierende Uniformität, sondern durch Harmonie, Einheit und Versöhnung gekennzeichnet ist. Zur Rolle der Frau in der Kirche sagte der Papst, daß einerseits die Frau im Rahmen des Rechtes aller Getauften zur Teilnahme am Apostolat berufen sei und ihr sogar seit der Urkirche eine besondere Rolle im Glaubensleben der Gemeinde zukomme, daß es aber andererseits gerade nicht die spezifische Aufgabe der Frau in der Kirche sei, den amtlichen Leitungsdienst wahrzunehmen. Die Kirche sei hier an das Verhalten Jesu gebunden, der zu Aposteln nur Männer berufen habe, obwohl in seinem Verhalten den Frauen gegenüber und in ihrer Berufung zur Jüngerschaft ein die zeitgenössischen Vorstellungen sprengendes Bewußtsein von der Würde der Frau zum Ausdruck gekommen sei. Auf dieser Linie hätten Frauen Wesentliches zum kirchlichen Leben in der Geschichte beigetragen, ohne Träger des Amtes zu sein. Der Papst wies darauf hin, daß der Aufgabe der Frau in der Kirche durch Berufung von Frauen in pastorale Beratungsgremien (in Gemeinden und Diözesen wie auch im Vatikan) Rechnung getragen worden sei und noch verstärkt Rechnung getragen werden müsse. Gegen modische „feministische“ Bewegungen wandte Paul VI. ein, sie würden sich als Elite für die utopischen Programme einer Elite einsetzen statt sich um die Millionen Frauen zu kümmern, denen noch nicht einmal die elementarsten Rechte zugestanden werden. Es müsse aber darum gehen, an der „Basis“ dafür zu arbeiten, daß die sozialen und individuellen Rechte der Frau, der verheirateten wie der unverheirateten, „entdeckt, respektiert und geschützt“ werden. Darüber hinaus müsse sich das Engagement für die Rechte der Frau integrieren in die globale Anstrengung zur Entwicklung der Völker und zur Schaffung des Friedens. Ohne den spezifischen Beitrag der Frau (der Papst nannte Sensibilität und Verständnisbereitschaft) in Familie, Erziehung und allen Bereichen der Gesellschaft gebe es keinen im Vollsinn humanen Fortschritt zu einer friedlichen Welt und einer brüderlichen, gerechteren Gesellschaft.

Zum erstenmal seit der Reformation hat am Sonntag, dem 27. April, eine Gruppe nichtkatholischer Priester einen Gottesdienst im Vatikan gehalten. Unter dem Vorsitz des Washingtoner Domdekans *Francis Sayre* konzelebrierte eine Gruppe von Domdekanen der Episkopalkirche aus Kanada und den USA in der Kapelle des äthiopischen Kollegs innerhalb der Mauern der Vatikanstadt eine Eucharistiefeier. Rev. *Jeffrey Cave* von der National Cathedral in Washington nannte die Einladung des Papstes zur Feier der Eucharistie im Vatikan eine „beispiellose Geste der Gastfreundschaft“ (*NCNS* 28. 4. 75). Die Gruppe der

episkopalkirchlichen Geistlichen, die aus Anlaß des Heiligen Jahres nach Rom gekommen war, wurde bei ihrem Rom-Besuch vom römisch-katholischen Erzbischof von Washington, *William W. Baum*, begleitet. Einige der Domdekane waren von ihren Ehefrauen oder Assistenten begleitet. Während ihres einwöchigen Aufenthaltes nahm die 75 Personen starke Gruppe auch an einer Generalaudienz des Papstes teil. Außerdem fanden Gespräche mit Kardinal *Willebrands*, dem Präsidenten des Einheitssekretariats, Kardinal *Pignedoli*, dem Präsidenten des Sekretariats für die Nichtchristen, und Kardinal *Knox*, dem Präsidenten der Kongregation für den Gottesdienst, statt. In einer Nachrichtensendung von Radio Vatikan erklärte Domdekan *Sayre* als Leiter der Gruppe, man sei nach Rom gekommen, um zusammen mit Katholiken nach Möglichkeiten zu suchen, die Spaltung und Mutlosigkeit vieler Menschen von heute zu überwinden. *Sayre* betonte, der Ausgangspunkt der ökumenischen Aktivität der Episkopalkirche sei die Erfahrung in der Pfarrseelsorge, daß die Christenheit in Gefahr sei. Die Gruppe beschloß ihren Aufenthalt in Italien mit einigen Besinnungstagen in Assisi.

Am 6. Mai 1975 hat der Bischof von Freiburg, Lausanne und Genf, *Pierre Mamie*, dem Oberen der „Priester-Bruderschaft Hl. Pius X.“ mitgeteilt, daß er die der Bruderschaft erteilte Approbation zurückziehe. Diese Bruderschaft war von Erzbischof Marcel Lefebvre, dem ehemaligen Generaloberen der Spiritanerpater und früheren Missionsbischof von Dakkar, in Freiburg (Schweiz) gegründet und am 1. November 1970 vom damaligen Ortsbischof *François Charrière* als „pia unio“ ad experimentum und auf sechs Jahre befristet approbiert worden. Dieser Bruderschaft wurde von einer Genossenschaft, der auch prominente Politiker der Christlichdemokratischen Volkspartei des Unterwallis angehören, das in der Rhoneebene zwischen Saxon und Riddes gelegene Landgut *Ecône* (Kanton Wallis, Bistum Sitten) zur Verfügung gestellt. In *Ecône* wollte die Bruderschaft nach eigenen Angaben ein Internat für zukünftige Priesteramtskandidaten einrichten. Ohne den Ortsbischof auch nur zu fragen, machte die Bruderschaft aus *Ecône* ein Priesterseminar mit heute an die hundert Studenten (davon fünf Schweizer), das einer vorkonziliären Liturgie und Theologie verpflichtet ist. Es zeigte sich dann aber immer deutlicher, daß es in *Ecône* nicht nur um die vorkonziliäre Liturgie, den Meßordo Pius V., nicht nur um Traditionsverbundenheit (die Seminaristen tragen Soutanen und römische Hüte), und nicht um eine vor-konziliäre Theologie geht, sondern um eine anti-konziliäre Theologie mit einer ganz bewußten und ausdrücklichen Ablehnung des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Autorität Papst Pauls VI. Dieser Sachverhalt war unter anderem Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Ortsbischöfen von Freiburg (*Pierre Mamie*) und Sitten (*Nestor Adam*) einerseits und den römischen Kongregationen „Für die Religiösen und die Säkularinstitute“, „Für den Klerus“ und „Für die katholische Erziehung und die Seminare“ andererseits. Die nun erfolgte Verfügung des Freiburger Bischofs, die sofort in Kraft getreten ist, erfolgte im Einvernehmen mit dem Bischof von Sitten und mit den römischen Kongregationen sowie mit dem Altbischof von Freiburg, der die Approbation erteilt hatte. Die Verfügung betrifft *Ecône*, weil ihm die kirchenrechtliche Grundlage entzo-

gen ist, sie trifft aber auch die Niederlassung der Bruderschaft in Albano (Italien) sowie ihre Pläne, sich auch in der deutschen Schweiz niederzulassen. Vor kurzem hat nämlich ein Geschäftsmann, der bereits ein seltsames religiöses Zentrum in Gossau (Kanton St. Gallen) führt, das Kurhaus Weißbad (Kanton Appenzell-Innerrhoden, Bistum St. Gallen) käuflich erworben, um es der Bruderschaft zur Verfügung zu stellen. Dabei scheint die Bruderschaft, oder die „Una Voce“, die als Sprecherin von Marcel Lefebvre aufzutreten scheint, zunächst auch nur von einem Internat zu sprechen, in dem die zukünftigen Seminaristen deutscher Muttersprache auf das französischsprachige Ecône vorbereitet werden sollen. Der Ortsbischof von St. Gallen, *Joseph Hasler*, hat sich deutlich gegen diese Pläne ausgesprochen, und ein Vorstoß im Parlament des Kantons Appenzell-Innerrhoden bezeichnete Weißbad als eine Gefahr für den religiösen Frieden, nachdem neue Bewohner von Weißbad in Gonten einen Gemeindegottesdienst gestört hatten, und verlangte von den Behörden, alles zu unternehmen, um die geplante Niederlassung zu verhindern, und beim Bischof von St. Gallen vorstellig zu werden, damit dieser die seelsorgliche Tätigkeit von Priestern dieser Kreise im Innerrhoder Kantonsgebiet untersage. Wie es nun weitergeht ist völlig ungewiß, und Vermutungen sind kaum zu belegen, weil sowohl Marcel Lefebvre wie die „Una Voce“ zu Auskünften nicht bereit scheinen. Von menschlich wie kirchlich größter Tragweite ist dabei die Frage nach der Zukunft der Priesteramtskandidaten von Ecône.

Zur Zusammenarbeit, nationalen Versöhnung und zum Wiederaufbau riefen die katholischen Bischöfe von Hué und Saigon in ersten Stellungnahmen nach der Machtübernahme durch die Revolutionsregierung auf. Einiges Aufsehen erregte ein an die Priester, Katechisten und alle vietnamesischen Katholiken gerichteter „persönlicher Brief“ des Erzbischofs von Hué, *Philippe Nguyen Kim Dien*, vom 1. April (vgl. La Croix, 26. 4. 75, ICI, 15. 5. 75), der in der in Hanoi erscheinenden Zeitschrift des „Verbindungskomitees der Katholiken Nordvietnams“, „La Juste Cause“, veröffentlicht wurde. In dem Brief bringt der Erzbischof vor allem seine Erleichterung und Freude darüber zum Ausdruck, daß der dreißigjährige Krieg beendet sei: „Vorbei ist die Zeit, da wir in Furcht und Unruhe lebten. Die Zeit, da wir uns gegenseitig verdächtigen, in der wir getrennt blieben und uns gegenseitig haßten und töteten.“ Jetzt sei die Zeit gekommen, um mit allen Menschen guten Willens zusammenzuarbeiten beim Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes. Jetzt gehe es um Großmut und darum, die Irrtümer der Vergangenheit zu verzeihen. Bei Verständnis für die Haltung der bisherigen anderen Seite müsse es möglich sein, „daß es jedermann gut ergehe, daß jeder in Freude, Glück und Gemeinschaft mit den anderen Bürgern unter einer Regierung der Freiheit, Demokratie, des Wohlstandes und des Friedens lebe“. In einer weiteren Erklärung gegenüber dem Vietcong-Komitee von Hué unterstrich der Erzbischof, daß bei Einhaltung der gegebenen Garantien des Rechts auf Leben für das ganze Volk, des Rechts auf Unabhängigkeit und der Freiheit als wichtigstes Menschenrecht die Katholiken versprechen, sich mit ihrer ganzen Kraft unter der Leitung des Vietcong am Wiederaufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen. Am 11. Mai wurde in allen Kirchen des Erzbistums Saigon ein Hirtenbrief von Erzbischof *Nguyen Van Binh* verlesen. Auch darin hieß es, die Katholiken sollten sich an den Anstrengungen für den Wiederaufbau der Nation beteiligen und zur nationalen Versöhnung und Einheit beitragen, „um so eine Atmosphäre des tiefen Verständnisses fürein-

ander zu schaffen“. Wörtlich hieß es: „Für das vietnamesische Volk hat ein neues Kapitel seiner Geschichte begonnen. Seit dem 30. April ist in Vietnam der Frieden wieder eingekehrt und hat Tod und Unglück in die Vergangenheit verbannt. Wir Katholiken müssen unsere Bürgerpflichten unter der Führung der Provisorischen Revolutionsregierung aktiv wahrnehmen.“ Am Sonntag zuvor hatten sich in der Kathedrale von Hanoi rund 2500 Katholiken zu „dem ersten Gottesdienst im Frieden seit dreißig Jahren“ eingefunden (NCNS, 6. 5. 75). Nach Angaben eines AP-Korrespondenten war die Mehrzahl der Gottesdienstbesucher unter 30 Jahren.

Die Auseinandersetzungen zwischen führenden christlichen Persönlichkeiten und der Regierung in Südkorea dauern an. Hatte man zunächst nach dem für Präsident *Park Chung Hee* erfolgreich ausgegangenen Referendum und der unmittelbar danach Mitte Februar folgenden *Amnestie* für rund 150 politische Häftlinge mit einer Beruhigung der Situation gerechnet, so zeigt sich nun, daß dies nur eine Geste war, die über die wahren Absichten hinwegtäuschen sollte. Wiederverhaftung Amnestierter, verschärfte Gesetze zur Verhinderung unkontrollierter Nachrichtenübermittlung an ausländische Berichterstatter, Schließung von Universitäten, Beschuldigungen gegen protestantische Pfarrer und schließlich 8 Hinrichtungen von Oppositionellen — dies ist die Skala der drastischen Maßnahmen der letzten Wochen. Parallel dazu verlaufen Bemühungen der katholischen und protestantischen Kirchen, den Einsatz für die *Menschenrechte* zu verstärken. Der vorübergehend aus der Haft entlassene Bischof von Wen Ju, *Daniel Chi Hak Soun*, erklärte in einem Pressegespräch im März: „Wir Katholiken, eine kleine Minderheit, sind vor allem für die Armen und Zurückgesetzten da, und ich habe nichts zu verbergen“ (vgl. KNA, 26. 3. 75). Ende März versammelten sich 400 katholische Priester, die in einer nationalen „Vereinigung zur Verwirklichung der Gerechtigkeit“ zusammengeschlossen sind. Sie stellten neben ihrem Eintreten für eine Aufhebung der Notstandsverfassung und für eine Wiederherstellung der Pressefreiheit zwei aktuelle Forderungen auf: Sie verlangten die sofortige Rücknahme des ihrer Meinung nach hauptsächlich gegen die christlichen Kirchen gerichteten neuen Gesetzes, das bis zu sieben Jahre Gefängnis für diejenigen koreanischen Bürger vorsieht, die zur Entstehung oder Verbreitung von Gerüchten oder falschen Fakten über die Regierung oder die verfassungsgemäß geschaffenen Organe beitragen. (Die Verabschiedung dieses Gesetzes war im übrigen nach Aussagen der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei nicht ordnungsgemäß, da zu wenige Abgeordnete anwesend waren.) Ferner setzten sich die katholischen Priester für die Freilassung des erst im Rahmen der Amnestie aus dem Gefängnis entlassenen katholischen Dichters *Kim Ji Ha* ein, der wegen drei Zeitungsartikeln erneut kommunistischer Agitation beschuldigt wurde (Far Eastern Economic Review, 4. 4. 75). Ende März bekräftigte die *Bischöfskonferenz* die Rolle der Kirche als „Organ für Menschenrechte und Gerechtigkeit“. Den bisher massivsten Protest gab es jedoch Mitte April nach Bekanntwerden der 8 Todesurteile und der unmittelbar folgenden Vollstreckung, da jegliche Beweise für den angeblich geplanten Umsturzversuch der Angeklagten fehlten. Der amerikanische Maryknoll-Pater *James Sinnott* sprach von einer „totalen Verkehrung der Justiz — nicht besser als kommunistische Gerichtshöfe“ (FEER, 18. 4. 75). Fast zur gleichen Zeit wurden mehrere Universitäten, unter ihnen verschiedene christliche, geschlossen, weil sie sich weigerten, das Wiederaufnahmeverbot der Regierung

für aus der Haft entlassene Studenten zu beachten. Schließlich wurden vier protestantische Pfarrer verhaftet, da sie angeblich Teile einer kirchlichen Spende aus der Bundesrepublik in Höhe von 203 000 DM „mißbraucht“ haben, indem sie die Rechtsanwälte und Familienangehörigen politischer Häftlinge finanziell unterstützten. Die zuständigen kirchlichen Stellen haben inzwischen die Anschuldigung als „völlig falsch“ und das Vorgehen der Regierung als „verabscheuungswürdig“ bezeichnet (epd, 14. 4. 75). Mittlerweile wurde bekannt, daß die koreanischen Behörden dem besonders im Zusammenhang mit den erwähnten 8 Todesurteilen mit Kritik an die Öffentlichkeit getretenen Pater Sinnot nach 15jähriger Tätigkeit in Südkorea die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert haben. Der zuletzt als

Generalvikar der Diözese Indon tätige Pater erhielt von seinem Orden volle Unterstützung. Von den USA aus will er die Aufklärungsarbeit über die Diktatur Parks fortsetzen. Die Katholische Konferenz der USA und die japanische „Justitia et Pax“-Kommission haben sich inzwischen ebenfalls mit Südkorea zu beschäftigen. Dabei geht es um die Verhaftung von zwei Koreanern mit Wohnsitz in Japan, die bei einer Reise nach Südkorea vom dortigen Geheimdienst wegen angeblicher Spionage für Nordkorea verhaftet wurden. Den kirchlichen Stellen liegen Beweise vor, daß die Beschuldigten die ihnen zur Last gelegten Kontakte zum Norden gar nicht haben aufnehmen können und die Belastungsmaterialien offensichtlich gefälscht sind.

Personen und Ereignisse

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat *Georg Hüssler*, ist am 13. Mai in Rocca die Papa bei Rom von der X. Generalversammlung der Caritas Internationalis zu deren Präsidenten gewählt worden. Er ist Nachfolger des im August vergangenen Jahres verstorbenen Gründers der Caritas Hongkong, Prälat *Carl Hermann Vath*, und nach ihm und Prälat *Carlo Bayer*, dem langjährigen ehemaligen Generalsekretär, der dritte Deutsche an der Spitze des Dachverbandes der katholischen Caritasorganisationen. Hüssler wurde weltweit bekannt, als er im Januar 1967 auf Einladung des nordvietnamesischen Roten Kreuzes zusammen mit Martin Niemöller als erster katholischer Priester der westlichen Welt Hanoi besuchte und dort mit Ho Tsch-Minh ein ausführliches Gespräch führte. Prälat Hüssler bleibt gleichzeitig Präsident des Deutschen Caritasverbandes.

Der Generalvikar des Erzbistums Köln, Prälat *Peter Nettekoven*, ist während eines Aufenthaltes im Heiligen Land am 23. April in Jerusalem gestorben. Nettekoven, früher lange Jahre hauptamtlich in der diözesanen und überdiözesanen Jugendarbeit tätig, war erst am 25. März von Papst Paul VI. zum Weihbischof in Köln ernannt worden und sollte am 1. Mai in Köln die Bischofsweihe erhalten. Seine Stelle wird der bisherige Bonner Stadtdechant *Josef Plöger* einnehmen, der am 19. Mai zusammen mit dem zweiten neuen Weihbischof, *Klaus Dick*, im Kölner Dom zum Bischof geweiht wurde.

Im Alter von 72 Jahren ist am 25. April der frühere Generalvikar für West-Berlin, Prälat *Walter Adolph*, verstorben. Er war besonders durch sein Wirken während des nationalsozialistischen Kirchenkampfes als Mitarbeiter des Berliner Bischofs, Kardinal von Preysing, und durch den Aufbau des Bistums Berlin nach dem Krieg und die damit verbundenen Auseinandersetzungen mit den politischen Stellen in Ost-Berlin bekannt geworden. Bereits 1945 hatte er den Morus-Verlag gegründet und die Chefredaktion der Bistumszeitung „Petrus-

blatt“ übernommen. Das Amt des Generalvikars bekleidete Prälat Adolph von 1961 bis 1969.

Der frühere Generalsekretär des Weltrates der Kirchen in Genf, *Willem A. Visser 't Hooft*, wurde mit dem Augustin-Bea-Preis 1975 ausgezeichnet. Der 1969 zum ersten Todestag von Kardinal Bea, dem ersten Präsidenten des römischen Einheitssekretariates, von der internationalen Stiftung „Humanum“ ausgeschriebene Preis wird alle zwei Jahre für besondere Verdienste um Frieden und Fortschritt der menschlichen Gesellschaft und um die Verwirklichung größerer sozialer Gerechtigkeit verliehen. Die mit 100 000 Schweizer Franken dotierte Auszeichnung wurde dem Preisträger für seine Verdienste um die Annäherung zwischen dem Weltkirchenrat und der katholischen Kirche zugesprochen.

Josef Kardinal Mindszenty, der frühere Primas von Ungarn, ist am 6. Mai in Wien im Alter von 83 Jahren gestorben. Mindszenty war im Lauf seines Lebens zur Symbolfigur des Widerstands gegen den kommunistischen Machtanspruch in Ungarn geworden. Bereits 1919 mußte er im Konflikt mit der ungarischen Räterepublik zum erstenmal ins Gefängnis, Ende 1944 sperrten ihn die nazistischen Pfeilkreuzler ein. Wenige Monate nach dem Krieg von Pius XII. zum Erzbischof von Esztergom (und damit Primas von Ungarn) ernannt, geriet Mindszenty bald in schwere Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, nach deren Machtübernahme er in einem berüchtigten Schauprozeß zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde. Nach dem Scheitern des Aufstandes von 1956, der ihm vorübergehend die Freiheit gebracht hatte, lebte er bis 1971 in der amerikanischen Botschaft in Budapest, seitdem in Wien. In seinen letzten Jahren fühlte er sich vom Vatikan in seiner kompromißlosen Haltung im Stich gelassen. Es entsprach seinem vor allem seit der 1974 erfolgten Absetzung als ungarischer Primas gespanntes Verhältnis zum Vatikan, daß zwar Paul VI. in einer Generalaudienz in bewegten Worten seiner

gedachte, daß aber an der Beisetzung in Mariazell weder der Nuntius in Österreich noch ein offizieller Abgesandter des Vatikans teilnahm.

Der Präsident der Kirche Christi in Zaïre, *Itofo Bokombanza Bokeleale*, ließ den Baptistischen Weltbund wissen, die Bemühungen von Präsident *Mobutu Sese Seko* um eine Rückkehr seines Landes zu einer „authentischen“ afrikanischen Lebensform würden von den Christen Zaïres unterstützt. Die Maßnahmen der Regierung würden zwar Auswirkungen auf das Leben der Christen haben, die christliche Erziehung und das Gemeinschaftsleben jedoch nicht zerstören. Die Kirche Christi, in der sich 53 protestantische Kirchen Zaïres vereinigt haben, gehört neben der römisch-katholischen und der Kimbanguisten-Kirche zu den drei offiziell anerkannten christlichen Kirchen des westafrikanischen Landes.

Gegen die Ernennung des neuen Bischofs von Hongkong, *John Baptist Cheng-chung Wu*, durch Papst Paul VI. protestierte eine Gruppe von Priestern dieser Diözese. Der in einem Rundbrief an die Priester des Bistums geäußerte Unmut richtet sich dagegen, daß entgegen früherer öffentlicher Versprechungen und entgegen einer umfangreichen Vorschlagsliste der neue Bischof aus Taiwan und nicht aus dem Bistum Hongkong stammt. Der auf dem chinesischen Festland geborene Wu wurde allerdings in Hongkong zum Priester geweiht und wirkte dort als Priester, bevor er nach Rom und anschließend 18 Jahre nach Taiwan kam.

Wegen der Einladung des Präsidenten des Parlaments von Südkorea, *Chung Il Kwon*, zu einem Besuch in Bonn kritisierte die Nationalleitung der CAJ — Junge Christliche Arbeitnehmer — die Präsidentin des Deutschen Bundestages, *Annemarie Renger*, in scharfer Form in einem Offenen Brief. Damit wollte die CAJ auf die Aktionen des südkoreanischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik und auf die Mißachtung der Menschenrechte in Südkorea aufmerksam machen.